

Osteuropa Das Büro in Minsk

[map]
Minsk
[map]

Büro in Minsk

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Im Einklang mit seinem Mandat führte das Büro in der Wirtschafts- und Umwelt- sowie in der menschlichen Dimension Programme durch, die eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der Regierung in diesen Bereichen bewirken sollen. Stellvertretend für die Aktivitäten des Büros seien ein Seminar zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, mehrere Projekte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Sanierung der Umwelt in den von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebieten, eine Kampagne gegen Gewalt in der Familie und ein Filmfestival zum internationalen Menschenrechtstag genannt.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Sanierung der durch Tschernobyl in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete. Als Gründungsmitglied des Programms *Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten*, in das nationale und regionale Behörden, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen eingebunden sind, unterstützte das Büro spezielle Ausbildungskurse zur umfassenden Entwicklung des Agrobusiness-Sektors in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten.

Förderung alternativer und erneuerbarer Energieträger. Im Rahmen des Projekts *Hilfestellung bei der Schaffung des rechtlichen Rahmens für die Nutzung erneuerbarer (alternativer) Energieträger* veranstaltete die Mission im Februar eine Studienreise für nationale Akteure nach Schweden, an die ein Seminar in Minsk anschloss, das sich an einen größeren Teilnehmerkreis aus den entlegeneren Gebieten von Belarus richtete.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). Die Veröffentlichung des Evaluierungsberichts der ENVSEC für Osteuropa auf Russisch war der Beitrag des Büros zum offiziellen Start von ENVSEC in Minsk am 19. September. Es unterstützte grenzüberschreitende Wasserwirtschaftsprojekte entlang des Pripjet, der die Grenze zur Ukraine bildet.

Hilfe für Belarus bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll. Das Büro bot zwei Ausbildungsseminare in Minsk und in Frankreich für belarussische Techniker zum Thema *Green Investment Schemes* und *Carbon Funds* an.

Hilfe für Belarus bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption. Gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Rechtssetzungsprojekte veranstaltete das Büro am 14. und 15. November in Minsk ein Seminar zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. An dieser

Veranstaltung nahmen internationale Finanzexperten aus Lettland, der Ukraine und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung teil.

In Zusammenarbeit mit dem Justizministerium führte das Büro ein Seminar zu nationalen und internationalen Rechtsinstrumenten und bewährten Methoden der Korruptionsbekämpfung durch, an dem auch Experten des Europarats und des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung teilnahmen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro in Minsk setzte seine Hilfestellung für die unter der Federführung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte/La Strada durchgeführte Evaluierung fort, die als Vorbereitung für einen nationalen Leitmechanismus für Opfer des Menschenhandels gedacht ist.

Genderfragen. Das zweite Jahr in Folge beteiligte sich das Büro im Rahmen der jährlichen weltweiten Initiative *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* an einer Aufklärungskampagne zur Verhütung von Gewalt in der Familie in Belarus. In diesem Jahr stand die Informationskampagne unter dem Motto *Häusliche Gewalt leugnet die Familie*. Die Kampagne konnte sich eines großen Medienechos erfreuen.

Multinational Belarus. Gemeinsam mit dem belarussischen Amt des Vertreters für Religionen und Nationalitäten veröffentlichte das Büro im Juli eine aktualisierte Fassung von *Multinational Belarus* in Belarussisch, Russisch und Englisch. Diese Publikation informiert über kulturelle Besonderheiten, Traditionen und Bräuche der Volksgruppen und nationalen Minderheiten, die in Belarus leben.

Öffentliche Vorlesung über die Tätigkeit von Ombudsleuten. Im März war das Büro Veranstalter einer öffentlich zugänglichen Vorlesung unter dem Titel „Rechtlicher Schutz des öffentlichen Interesses“, die für Jurastudenten aller Universitäten der Republik Belarus gedacht war. Als Gastredner waren Mats Melin, derzeit Ombudsmann des schwedischen Parlaments, Adam Zielinsky, ehemaliger polnischer Ombudsmann, sowie Wladimir Tambowzew, Leiter der Personalabteilung der Volksanwaltschaft der Russischen Föderation, eingeladen. Die Vorlesung sollte Studenten Einblick in die unterschiedlichen Ansätze einiger europäischer Länder in Bezug auf die Arbeit von Ombudsleuten geben. Das Büro verteilte auch Unterlagen der OSZE zu den Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

Menschenrechtsfilmfestival. Aus Anlass des 59. Jahrestags des Internationalen Tages der Menschenrechte veranstaltete das Büro gemeinsam mit dem Vertreter der Vereinten Nationen in der Republik Belarus vom 3. bis 10. Dezember in Minsk ein Filmfestival unter dem Titel *Würde, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit*. Es waren Poster der OSZE und der Vereinten Nationen zum Thema Menschenrechte zu sehen und kostenlose Publikationen zu Menschenrechten und anderen Themen mit OSZE- bzw. VN-Bezug erhältlich.

Verhaltenstraining für Polizeibeamte. Im September führte das Büro am Kollegium des belarussischen Innenministeriums ein Verhaltenstraining für Polizeibeamte durch. Im Rahmen dieses Kurses berichteten zwei internationale Polizeiausbildungsexperten den Lehrkräften des Kollegiums und Polizeimitarbeitern aus Mogiljow und Umgebung über ihre praktischen Lehrerfahrungen.

Beobachtungsaktivitäten. Das Büro verfolgte Gerichtsverhandlungen, bei denen es um das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung, den Schutz vor willkürlicher Festnahme oder Verhaftung und das Recht auf ein unparteiisches Verfahren ging; in einigen Fällen waren Aktivisten von Jugendorganisationen angeklagt.

Das Büro verfolgte auch öffentliche Versammlungen sowie den Europäischen Marsch im Oktober und den Sozialen Marsch im November.

Beschwerden von Einzelpersonen. Das Büro nahm Individualbeschwerden sowohl von belarussischen Staatsbürgern als auch von in Belarus ansässigen Ausländern entgegen. Bei den meisten dieser Beschwerden ging es um die Rolle der Justiz in Strafrechtsangelegenheiten und um mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch Strafverfolgungsbehörden. In Fällen, die unter sein Mandat fallen, brachte das Büro diese Beschwerden den zuständigen belarussischen Behörden zur Kenntnis.

Amtierender Leiter des Büros:

Vahram Abadjian als Nachfolger von Botschafter Ake Peterson, dessen Mandat am 25. August endete

Genehmigter Haushalt: 897.500 EUR

www.osce.org/belarus

Die Mission in Moldau

[map]
Chişinău
Tiraspol
[map]

Mission in Moldau
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Die Mission konzentrierte sich auf den Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone sowie auf Bemühungen um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine politische Lösung. Andere wichtige Bereiche waren unter anderem die Vermittlung in der Auseinandersetzung rund um den Moldauisch-Unterricht in lateinischer Schrift in den Schulen am linken Ufer, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verhandlungen über eine politische Regelung. Vier Mal kamen die Vermittler im transnistrischen Konfliktbeilegungsprozess, die Russische Föderation, die Ukraine und die OSZE, mit den Beobachtern, Europäische Union und Vereinigte Staaten, zusammen. Einmal – im Oktober – fand ein informelles Treffen der Vermittler und Beobachter mit der moldauischen sowie der transnistrischen Seite statt. Bei allen diesen Treffen ging es hauptsächlich darum, Mittel und Wege zur Wiederaufnahme formeller Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts zu finden, was jedoch nicht gelang.

Die Gemeinsame Kontrollkommission. Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC), die die Waffenruhevereinbarungen von 1992 überwacht, trat in diesem Jahr regelmäßig zusammen, wobei Mitglieder der Mission an allen Treffen teilnahmen. Im Mai konnte eine Arbeitsgruppe zu Posten in der Sicherheitszone mit dem Abzug eines moldauischen Polizeipostens und eines transnistrischen Milizpostens einen kleinen Erfolg verzeichnen. Die Mission widmete einen Großteil ihrer Arbeit dem Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone, einschließlich jener, die dazu geführt hatten, dass transnistrische Strafverfolgungsbehörden im Juni das Wahllokal in Corjova gewaltsam schließen ließen.

Vertrauens- und Sicherheitsbildung. Im Oktober hielt die Mission ein Seminar über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Odessa ab. Beide Seiten waren dabei anwesend und zeigten sich an einer Fortsetzung der Gespräche interessiert. Die Mission führte ein von Finnland finanziertes Projekt zur Zerstörung überschüssiger Munition in den Beständen der moldauischen Armee durch. Darüber hinaus arbeitete sie gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation an Aktivitäten zur Verbesserung der Verwaltung von Munitions- und Waffenlagerstätten in Moldau.

Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation. Die Mission musste feststellen, dass im Jahr 2007 weder Waffen noch Ausrüstung der Russischen Föderation

abgezogen wurden. Die Mittel aus dem freiwilligen Fonds würden ausreichen, um die mit dem Abzug verbundenen Aufgaben abzuschließen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Wahlen und Wahlreformen. Die Mission unterstützte die Wahlbeobachtungsmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei den Kommunalwahlen und setzte gemeinsam mit dem BDIMR seine Beratertätigkeit im Hinblick auf die weitere Verbesserung der Wahlordnung fort.

Schutz der Sprachenrechte. Die Mission setzte ihre Zusammenarbeit mit moldauischen und transnistrischen Behörden fort, um sicherzustellen, dass in der transnistrischen Region Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichtet werden darf. Das Problem mit dem Schulgebäude in Ribnița, das von den örtlichen transnistrischen Behörden 2004 beschlagnahmt wurde, harrt nach wie vor einer Lösung.

Menschenrechtsmonitoring. Die Mission nahm zahlreiche Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen entgegen und beobachtete mehrere Aufsehen erregende Strafprozesse, bei denen es um das Recht auf ein unparteiisches Verfahren und die Anwendung von Folter ging. Besonderes Augenmerk widmete die Mission auch der Freilassung der beiden letzten noch in Haft befindlichen Mitglieder der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden wegen angeblich während des Konflikts 1992 begangener Straftaten verurteilt worden waren und später auf Anweisung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte freigelassen werden sollten.

Förderung der Menschenrechte. Die Mission setzte ihre Unterstützung für Kleinprojekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz an beiden Ufern des Dnjestr/Nistru fort und verstärkte die Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen.

Bereitstellung von Rechtsgutachten. Auch in diesem Jahr arbeitete die Mission in enger Absprache mit dem Parlament an Rechtsreformen und gab Kommentare und Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen ab.

Förderung der Medienfreiheit. Die Mission war beim Auf- und Ausbau von Kapazitäten im Medienbereich behilflich, indem sie Journalistenausbildung anbot, und unterstützte nach wie vor die Reform des moldauischen Rundfunks. In Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Medienfreiheit hielt die Mission auch einen Fortbildungskurs für Richter zum Thema Verleumdungsfälle ab. In der Region Gagausien war sie bei der Umstellung der staatlich finanzierten Presse auf ein unabhängiges Pressewesen behilflich und sie unterstützte ein Projekt zur Evaluierung der Situation der Medien in Moldau.

Verhütung von Menschenhandel und Förderung der Gleichstellung der Frau. Die Mission fungierte erneut als Gastgeber für regelmäßige technische Koordinierungssitzungen zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels und zu Gleichstellungsfragen. Darüber hinaus unterstützte die Mission eine Reihe von Gender- und Menschenhandelsprojekten. Mit dem Frauenhaus Casa Marioarei als Partner war sie dabei behilflich, eine Beratungshotline und andere dringende Unterstützungseinrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt einzurichten. Gemeinsam mit dem internationalen Zentrum La Strada arbeitete sie daran, dass Opfer des Menschenhandels humanitäre, soziale und rechtliche Hilfe erhalten. Neben anderen Aktivitäten unterstützte die Mission die Ausarbeitung eines Antidiskriminierungsgesetzes.

Prozessbeobachtungsprogramm. Die Prozessbeobachtung wurde von Chişinău auf die südlichen Regionen Moldaus ausgedehnt. Das Netzwerk nationaler Prozessbeobachter überwachte mehr als 3000 Verhandlungen vor nationalen Gerichten, darunter auch Fälle von Menschenhandel, häuslicher Gewalt, Waffenhandel, strafbaren Handlungen gegen die Staatsgewalt, Korruption und Straftaten öffentlicher Bediensteter.

Leiter der Mission:

Botschafter Philip Remler ab 19. Dezember, als Nachfolger von Botschafter Louis O'Neill, dessen Mandat am 16. November endete

Genehmigter Haushalt: 1.868.800 EUR

www.osce.org/moldova

Der Projektkoordinator in der Ukraine

[map]

Kiew

[map]

Projektkoordinator in der Ukraine

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

In Absprache mit den ukrainischen Behörden unterstützte der Projektkoordinator die Förderung der Entwicklung demokratischer Institutionen, die Anhebung des wirtschaftlichen Wohlstands in der Ukraine und die Bewältigung gravierender Umweltbedrohungen. Eines der größten Projekte in diesem Jahr war die Bereitstellung von Schulung und Information für Wähler und Mitglieder von Wahlorganen im Hinblick auf die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September. Der Projektkoordinator war auch wieder bei der Umschulung entlassener Angehöriger der Streitkräfte behilflich. Mit Unterstützung der Feldoperation konnte die Regierung auch die Sanierung des Munitionslagers in Nowobohdaniwka abschließen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Soziale Eingliederung für Angehörige der Streitkräfte nach ihrer Entlassung. In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium organisierte der Projektkoordinator landesweite, unterstützende Maßnahmen für die Umschulung und den beruflichen Wiedereinstieg von 1031 Offizieren in 25 Städten. Darüber hinaus unterstützte er die Einrichtung eines Berufsförderungszentrums für entlassene Soldaten. Bisher fanden 81 Prozent der umgeschulten Offiziere einen Arbeitsplatz.

Kampfmittelzerstörung. Im September konnte die Regierung mit Unterstützung des Projektkoordinators die Räumung des Munitionslagers Nowobohdaniwka von nicht zur Explosion gelangten Kampfmitteln abschließen. Der Projektkoordinator beschaffte und übergab dem Ministerium für Katastrophenschutz Detektions- und Schutzausrüstung und führte Schulungskurse durch, um die Kapazitäten des Ministeriums für die sichere und wirksame Entsorgung unsicherer Munition weiter zu verstärken.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung für die lokale Unternehmensentwicklung. Seit Aufnahme des *lokalen Wirtschaftsentwicklungsprojekts* im Jahr 2004 bemühte sich der Projektkoordinator gemeinsam mit Partnern um die Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine. In Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsämtern bemühte sich der Projektkoordinator darum, im ganzen Land Zielgruppen ausfindig zu machen, und er veranstaltete Schulungskurse, bei denen mindestens 600 Unternehmer eine Einführung in die Betriebswirtschaft sowie Beratung und Information erhielten.

Mit dem Ziel, in der ganzen Ukraine die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, unterstützte der Projektkoordinator auch in diesem Jahr die Ausweitung des Projekts *Ausländische Direktinvestitionen*, das nach ersten Schätzungen in

den Jahren 2007/2008 rund 140 Millionen Euro an Investitionen aufbringen und über 2000 Arbeitsplätze schaffen soll.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Hier lag der Schwerpunkt des Projektkoordinators auf der Ausarbeitung eines umfassenden Gesetzes gegen Menschenhandel in der Ukraine, mit dessen Hilfe der Menschenhandel verhütet und geahndet und Opfern im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen Hilfestellung geleistet werden soll. Dem Projektkoordinator war es ein besonderes Anliegen, die Nachhaltigkeit und Effizienz von Nichtregierungsorganisationen gegen den Menschenhandel sicherzustellen, und so führte er für mehr als 170 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen Schulungskurse zur Bekämpfung des Menschenhandels durch. Derzeit unterstützt der Projektkoordinator die Bedarfserhebung in Bezug auf nationale Leitsysteme, mit deren Hilfe man sich ein Bild von den Voraussetzungen und Bedingungen machen möchte, die für die Errichtung eines für die Ukraine geeigneten Leitsystems notwendig sind.

Verwaltungsrecht. Der Projektkoordinator richtete Arbeitsgruppen von Verwaltungsrechtsexperten ein, die Verbesserungsvorschläge zu ukrainischen Rechtsvorschriften machen sollen, die die Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern regeln, um diese an die eingeführten europäischen Normen heranzuführen. Der Koordinator entwickelte und veröffentlichte Unterrichtsmaterial auf Grundlage der Ergebnisse einer von den Arbeitsgruppen durchgeführten Untersuchung. In Absprache mit dem französischen Obersten Verwaltungsgerichtshof bot er umfassende Fortbildungskurse für Verwaltungsrichter aller Instanzen, insbesondere Richter am Obersten Verwaltungsgerichtshof, an. Darüber hinaus führte der Projektkoordinator Rechtsstaatlichkeitskurse für ukrainische Professoren für Verfassungsrecht und Rechtstheorie durch.

Haftüberwachung. Der Projektkoordinator dehnte die im Rahmen des im vergangenen Jahr eingerichteten Haftüberwachungsprojekts durchgeführten Inspektionen auf die Jugendgerichtsbarkeit aus. Die mobilen Überwachungsgruppen führten ein Monitoring an 25 Jugendhaftanstalten durch. Zusammen mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte erhielten über 750 jugendliche Häftlinge in sechs Regionen der Ukraine kompetenten Rechtsbeistand. Die Feldoperation setzte ihre Unterstützung für die Ausarbeitung und Verbreitung neuer Rechtsvorschriften und internationaler Rechtsinstrumente fort, war bei der Angleichung der Rechtsvorschriften an internationale Standards behilflich und führte Fortbildungsseminare für Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte durch.

Stärkung demokratischer Verfahren. In Vorbereitung der Parlamentswahlen arbeitete der Projektkoordinator mit der Hauptwahlbehörde einen Entwurf für Wahlhandbücher aus und verteilte diese an alle rund 34.000 Wahllokale in der gesamten Ukraine. Er schulte rund 100.000 Mitglieder von Wahlorganen ein. Der zweite Teil des Wahlunterstützungsprojekts, durch das die Bürger über die rechtlichen Aspekte von Wahlen aufgeklärt werden sollten, umfasste die Produktion und Ausstrahlung von öffentlich-rechtlichen Informationssendungen, die ein potenzielles Publikum von 21 Millionen Zusehern erreichten.

Der Projektkoordinator setzte sich auch in diesem Jahr für den Aufbau unabhängiger und starker Medien in der Ukraine ein und unterstützte dazu die Reform und den Entwurf von Mediengesetzen. Er hielt Fortbildungskurse für mit Medienfragen befasste Richter ab.

Und schließlich arbeitete der Projektkoordinator an der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierungsstellen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den ukrainischen Behörden und der Zivilgesellschaft unterstützte er mehrere Bürgerbewegungen, wie zum Beispiel eine Initiative, die sich für bessere Zugänge zu öffentlichen Orten und Gebäuden für junge Menschen mit Behinderungen in der Region Luhansk einsetzt.

Projektkoordinator:

Botschafter James F. Schumaker

Genehmigter Haushalt: 2.467.800 EUR

www.osce.org/ukraine